

Zeitschrift: Schweizer Ingenieur und Architekt
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 104 (1986)
Heft: 42

Artikel: Umweltschutz schwächt die Wirtschaft nicht: HSG-Doktoranden beschäftigen sich mit Umweltschutzfragen
Autor: Brauchlin, Emil
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-76275>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

talysator besonders günstig auswirken, da bekanntlich dessen Funktion erst nach Erreichen einer bestimmten Temperatur einsetzt.

□ Besondere Realisierungschancen könnte eine Isolation bei *Dieselmodellen* haben, welche heute schon wegen der strengen Lärmvorschriften z.T. aufwendige Kapselungen aufweisen (Mercedes 190 D sogar mit temperaturgesteuerten Klappen, VW und andere). Hier liessen sich Lärmschutz und Wärmeisolation ohne grossen Mehraufwand kombinieren.

□ Gegen die ursprünglich geplante

nachträgliche Ausrüstung von Autos mit einem «wärmenden Mäntelchen» sprechen leider folgende Einwände:

- schwierige Montage (Kabelgewirr)
- erschwerte Zugänglichkeit für Service
- Gefahr der Überhitzung bei besonderen Umständen (besteht jedoch auch bei den bekannten Kühlerabdeckungen!)
- Abnahme durch Motorfahrzeugkontrolle fraglich
- Allfällige Kürzung der Garantieleistung des Herstellers.

Trotz der oben angeführten Einwände

scheint uns die Idee prüfenswert, da sie mit relativ einfachen Mitteln einen beachtenswerten Beitrag zum Benzinsparen und zur Luftreinhaltung vor allem in unsern abgasreichen Städten liefern könnte. Auch die Nebeneffekte wie Lärmschutz und beschleunigte Heiz- und Defrosterwirkung wären sicher begrüssenswert.

Adresse des Verfassers: Othmar Vogt, dipl. Ing. ETH/SIA, Zwinglistrasse 10, 2540 Grenchen.

Umweltschutz schwächt die Wirtschaft nicht

HSG-Doktoranden beschäftigen sich mit Umweltschutzfragen

Von Emil Brauchlin, St. Gallen

(HSG) «Wirtschaft und Umweltschutz» war das Thema eines betriebswirtschaftlichen Seminars im Sommersemester 1986 an der Hochschule St. Gallen, in diesen Rahmen sich Doktoranden der HSG unter der Leitung von Professor Dr. Emil Brauchlin, Professor Dr. Cuno Pümpin und lic. oec. Wolfgang Schürer mit den nationalen und internationalen Entwicklungen im Bereich des Umweltschutzes, mit den Beziehungen zwischen Unternehmungen, Verbänden und Staat in dieser Frage sowie mit der Umweltproblematik für die einzelne Unternehmung befassten. Nach Studium der vorhandenen Literatur sowie Besuchen bei in- und ausländischen Unternehmungen verschiedener Grössenordnung und unterschiedlicher Branchen diskutierten die Seminarteilnehmer am Ende des Sommersemesters während einem Tag in St. Gallen mit führenden Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung über den Problemkreis. Abschliessend versuchten die Doktoranden, die Ergebnisse ihres Seminars in zehn Thesen zusammenzufassen.

Unter anderem kamen die Seminarteilnehmer zum Schluss, dass umweltfreundliches Wirtschaften die Wirtschaft insgesamt nicht schwäche. Eine internationale Harmonisierung der Umweltschutz-Gesetzgebung zur Wahrung gleicher Konkurrenzbedingungen sei dafür allerdings längerfristig unerlässlich. Es sei im übrigen unvermeidlich, dass einige umweltschonend produzierte Güter teurer würden. Die Doktoranden hielten jedoch fest, im Endeffekt bedeute das nur, dass ein effektvoller Umweltschutz durch eine gewisse Mehrarbeit erkauft werden müsse.

Umweltschutz als Bestandteil des Unternehmungsleitbildes

Für viele Unternehmungen, so stellten die St. Galler Studenten fest, ist der Umweltschutz seit langem ein Bestandteil ihres Leitbildes. Er wird im täglichen Handeln ebenso berücksichtigt wie marktbezogene, finanzielle und soziale Gesichtspunkte. Nicht selten wurden übrigens gerade dank dieser Sicht neue Märkte entdeckt und erfolgreich bearbeitet. Die abwehrend-reaktive Haltung anderer Unternehmungen führten die Seminarteilnehmer auf ob-

jektive Schwierigkeiten wie etwa Kapitalmangel oder Fehlen alternativer Technologien zurück. Nicht selten stünden aber auch andere Ursachen wie etwa fehlendes Management-Potential, fehlendes Wissen über mögliche Abhilfemöglichkeiten und nicht zuletzt auch eine mangelnde Bereitschaft zu Änderung und Innovation im Vordergrund. Ein derartiges Verhalten sei aber gefährlich – gefährlich für die natürliche Umwelt, für die Gesellschaft und im Endeffekt auch für die Existenz der betreffenden Unternehmungen, denn gegen das Ökosystem und die Gesellschaft lasse sich langfristig so wenig wirtschaften wie gegen den Markt oder die eigenen Mitarbeiter.

Wir alle sind verantwortlich

Grundsätzlich hielten die Doktoranden im weiteren fest, dass die natürliche Umwelt als Lebensgrundlage des menschlichen Lebens und der menschlichen Kultur von jedem einzelnen geschädigt oder geschützt werden müsse. Die Landwirtschaft, das Gewerbe, die Industrie und der Handel, der Verkehr und die privaten Haushalte seien ebenso involviert wie im politischen Bereich die Stimmbürger, die Verbände, die Parteien und der Staat. Die persönliche Verantwortung gegenüber der natürlichen Umwelt müsse vermehrt ins Bewusstsein jedes einzelnen Bürgers dringen, und das weit verbreitete «Schwarz-Peter-Denk-schema» sollte endlich durch das Prinzip «Alle für Alle» ersetzt werden, forderten die Seminarteilnehmer in ihren zehn Thesen weiter.

Umwelt-Information muss verbessert werden

Das objektive Wissen über die Umweltschutzproblematik ist beträchtlich, stellten die Studenten bei ihren Unternehmungsbesuchen fest. Indessen sei das Wissen über Interdependenzen und multiple Wechselwirkungen über längere Zeiträume hinweg lückenhaft. Es fehle zudem an Mitteln, um technische Spezialfragen abklären und die weit verstreute Literatur effizient nutzen zu können. Subjektive Wissens-Defizite seien ferner zum Teil enorm. Das treffe für breite Bevölkerungskreise – und damit für viele Stimmbürger – zu, gelte in weitem Umfang aber auch für viele führende Persönlichkeiten in Wirtschaft und Verwaltung. Weitgehend mangle es an umfassenden Informationskonzepten. Das gelte nicht zuletzt auch für die Massenmedien, bei denen die punktuelle Tagesaktualität zu sehr im Zentrum stehe.

Neue Anforderungen an die Verbände

Im weiteren wurde festgehalten, dass den aus der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft kaum mehr wegzudenkenden Verbänden bei der Entwicklung und Realisierung des Umweltrechtes eine entscheidende Bedeutung zukommt. Besonders die Wirtschaftsverbände müssten heute alles daran setzen, längerfristig vorsorgliche Innovationen im Interesse des Umweltschutzes zu fördern und weniger versuchen, einen oft zweifelhaften «status quo» aufrecht zu erhalten. Ausbildung, Beratung, Förderung und Unterstützung von Unternehmungs-Kooperationen seien einige Mittel dazu.

Die Studenten stellten weiter fest, dass für die Realisierung der gesetzlichen Vorschriften heute eine gewisse Kooperation zwischen Behörden und Normunterworfenen gesucht wird, indem

gangbare Lösungen gemeinsam erarbeitet werden. Dieser partielle Ersatz obrigkeitlicher Anordnungen durch partnerschaftliche Beziehungen erleichtere den Vollzug der Gesetze. Umweltschutzorganisationen und die allgemeine Öffentlichkeit könnten in diesem Prozess gleichsam als «externe Kontrollorgane» wirksam werden. Die nationalen Gesetze sollten aber – in einer sinnvollen zeitlichen Reihenfolge – international harmonisiert werden.

Für schwere Umweltschädigungen verlangten die HSG-Doktoranden die Einführung einer völkerrechtlich verantworteten Haftpflicht für die hierfür verantwortlich zu machenden Staaten.

Adresse des Verfassers: Professor Dr. Emil Brauchlin, Institut für Betriebswirtschaft, Dufourstrasse 48, 9000 St. Gallen

Abfälle für Kompost

Modellversuch der Stadt Zürich

Umweltgerechte Entsorgung ist eine Forderung unserer Zeit, der weite Kreise der Bevölkerung und vor allem auch Behörden noch viel Skepsis entgegenbringen. Wer ist schon bereit, seine Abfälle gesondert zu sammeln, im Haushalt zu deponieren und dann vielleicht noch selbst irgenwohin zu bringen.

Um so erstaunlicher ist der Erfolg des Zürcher Versuchs. Über 60 Prozent der vom Versuch erfassten Bevölkerung lieferte ihre organischen Abfälle an die Kompoststellen ab. Und viele Freiwillige betreuten die dezentralen Kompostierungsanlagen selbst.

An der Pressekonferenz vom 1. Juli über den Modellversuch wies Stadtrat *Ruedi Aeschbacher* darauf hin, dass der Erfolg der Aktion auch darauf zurückzuführen sei, dass man grosse Ziele wie Schutz und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen eben mit kleinen Schritten angehen müsse. Grosskonzepte sind zwar meist eindrücklich, aber nicht realisierbar. Einen der Schritte zur Bewältigung der Abfallmisere stellt dieser Versuch dar.

Der Versuch

Zwei Testgebiete wurden erfasst: Einerseits das Quartier Sihlfeld im Stadtkern, wo die Bewohner ihre organischen Haushaltsabfälle in bereitgestellte Container leeren, und im peripheren Quartier «Am Holbrig» in Höngg, wo die Bewohner diese Abfälle direkt am Ort kompostieren mussten. Wissen-

schaftlich betreut wurde der Versuch vom Ökozentrum Langenbruck.

Die Ziele des Versuchs formulierte *P. Stünzi*, Direktor des Gartenbauamtes, wie folgt:

1. Wie gross ist grundsätzlich die Bereitschaft der Bevölkerung in städtischen Gebieten, organische Abfälle im Haushalt getrennt zu sammeln oder zu kompostieren?
2. Welche Mengen organischer Abfälle aus Küche und Haushalt können separat erfasst und einer sinnvollen Kompostierung zugeführt werden?
3. Wie sehen optimale Organisationsformen von dezentralen Klein-Gemeinschaftskompostierungsanlagen im Stadtrandgebiet aus?
4. Wie muss ein optimales Sammelstellennetz sowie Behälter – und Transportsystem für die getrennte Sammlung von organischen Abfällen im Stadtkerngebiet beschaffen sein?
5. Welche Kompostqualitäten können dabei erreicht werden?

Grosse Beteiligung

Die Bereitschaft der Bevölkerung zur aktiven, freiwilligen Mitarbeit war wider Erwarten recht gross. Im Sihlfeld waren es 50 Prozent und im Stadtrandgebiet, wo die Bewohner ihre Kompostanlagen selber anlegten und betreuten, sogar 60 Prozent (Tabelle 1). Das Transportproblem mit den vom Gartenbauamt bereitgestellten Containern konnte jedoch noch nicht befriedigend gelöst werden. Doch zeigte der Versuch, dass sogar im Stadtkerngebiet kleine dezentrale Kompostanlagen angelegt werden können, sei dies auf öffentlichem oder privatem Grund.

Der Versuch löste eine Flut von Anfragen aus. Das Gartenbauamt musste ein spezielles Beratungstelefon einrichten, bei dem über 440 Personen Information und Beratung suchten. Es wurden dort sowohl technische wie organisatorische Auskünfte erteilt. An vielen Orten haben sich Interessengemeinschaften gebildet, die ihre eigenen Anlagen betreiben wollen. Seit Oktober 1985 existieren bereits 60 solcher Kompostierungsanlagen (Tabelle 2). Das Echo auf den Versuch war auch in der übrigen Schweiz recht gross, kamen doch über 170 Anfragen aus andern Landesteilen sowie einige Anfragen aus dem Ausland.

A. Basler vom Ökozentrum Langenbruck bewertete den Versuch als gut gelungen. Die vorzügliche Zusammenarbeit zwischen Gartenbauamt und Bevölkerung und eine unerwartete Nachfrage und Bereitschaft, sich an einer umweltgerechten Entsorgung zu beteiligen. Auch die Qualität des Kompostes sei